

DR. CARMEN EVERTS, ehemalige Abgeordnete der 17. Wahlperiode des Hessischen Landtags im Wahlkreis 48 (direkt gewählt, Februar - November 2008), Wohnort: Riedstadt-Erfelden. 1995-1999: Doktorarbeit im Bereich Extremismus- und Parteienforschung.

Kontakt: carmeneverts@aol.com

Everts, Carmen, Politischer Extremismus. Theorie und Analyse am Beispiel der Parteien REP und PDS, Berlin 2000, 362 Seiten, € 25,00; ISBN 978-3-934479-24-1

Ehrenamtliches Engagement:

Z. B.: Seit 2003 Stellvertretende Vorsitzende des Vereins Büchnerhaus e.V. Riedstadt vgl.: <http://www.carmen-everts.de/598.html>

Büchnerhaus, Weidstraße 9, 64560 Riedstadt, Ortsteil Goddelau, Tel.: 06158/4621

<http://www.gg-online.de/html/buechnerhaus.htm>

<http://www.leserattenforum.de/lrf/Projekt/Buechner/Haus/Rundgang.htm>

Carmen Everts ist seit 1989 Mitglied der SPD und war seit Mai 2003 bis November 2008 Vorsitzende der SPD im Kreis Groß-Gerau. Seit 1997 bis November 2008 war Carmen Everts Mitglied des Kreistages Groß-Gerau und dort stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion sowie Vorsitzende des Sozialausschusses.

Bei der Landtagswahl in Hessen 2008 am 27. Januar 2008 wurde Everts mit 40,3 % der Erststimmen als direkt gewählte Wahlkreisabgeordnete des Wahlkreises Groß-Gerau II in den Hessischen Landtag gewählt.

Am 3. November 2008 erklärte sie zusammen mit Silke Tesch, Jürgen Walter und Dagmar Metzger, die am Tag darauf angesetzte Wahl von Andrea Ypsilanti (SPD) zur Ministerpräsidentin mit Stimmen der Linkspartei nicht zu unterstützen.

Die geplante Koalition von SPD und Grünen, toleriert durch die Linken, wurde damit unmöglich. Am folgenden Tag trat sie von ihren Parteiämtern zurück, nicht jedoch von dem direkt errungenen Landtagsmandat. Zur gleichen Zeit wurde gegen sie ein Parteiausschlussantrag gestellt, über den bisher noch nicht entschieden wurde. Zur Landtagswahl in Hessen 2009 wurde sie von der SPD weder im Wahlkreis noch über die Landesliste aufgestellt. Ihr Wahlkreis wurde von Günter Schork (CDU) gewonnen.

Auch vor dem Hintergrund des Parteiausschlussverfahrens fragen sich viele: Warum tut sich Carmen Everts das noch an, warum tritt sie nicht aus der SPD aus?

„Die Sozialdemokratie ist meine politische Heimat. Ich meine den Anspruch, dass man allen Menschen Aufstiegschancen bieten muss, in sozialer Verantwortung gegenüber denen handelt, denen es nicht so gut geht. Für mich ist die Abgrenzung zur Linkspartei keine abstrakte, sondern eine, die über den künftigen Weg der SPD entscheiden wird. Wohlstand und Wachstum zu unterstützen, Arbeitsplätze zu fördern, das hat immer zum Konzept der Sozialdemokratie gehört, ebenso wie das Erregene gerecht zu verteilen und die Menschen mitzunehmen.“

In: Im Gespräch: Carmen Everts über ihr Selbstverständnis als Abgeordnete, über Helmut Schmidt und Andrea Ypsilanti" - Der Mut musste erst wachsen"

In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.02.2009, Nr. 49, S. 60

Vortrag von Dr. Carmen Everts

Der Weg zum Nein

Eine Landtagsabgeordnete im Spannungsfeld von Gewissensentscheidung und Parteidisziplin am Beispiel ihrer Zeit als Abgeordnete im Hessischen Landtag - mit anschließender Aussprache



Bildnachweis: <http://www.carmen-everts.de/608.html>

**am Donnerstag, dem 23.4.2009,
19.00 Uhr, im Forum der WvO,
35683 Dillenburg, Jahnstr. 1**

Diese Veranstaltung ist beim Institut für Qualitätsentwicklung unter der Nr. IQ-0354085-D000333 als Lehrerfortbildungsveranstaltung akkreditiert (5 Punkte)

Meine Arbeit als ehemalige Landtagsabgeordnete der 17. Wahlperiode:

Ich habe meine zurückliegende Arbeit als Landtagsabgeordnete in der abgelaufenen 17. Wahlperiode zum einen als einen Auftrag von den Menschen in meinem Wahlkreis gesehen, Politik für Anliegen der Bürger zu machen. Dazu gehörte für mich auch das Festhalten an unserer klaren Wahlaussage "Nicht mit der Linkspartei". Zum anderen sind wir alle in der Politik auch immer wieder gefragt, unseren Beitrag für eine gute, soziale, wirtschaftliche und demokratische Entwicklung unseres Landes zu leisten.

Ich will, dass jeder Mensch unabhängig seiner Herkunft, Gesundheit oder Alter eine gerechte Chance hat, selbstbestimmt zu leben. Bildung und Beschäftigung, eine verantwortliche, nachhaltige Wirtschaft und ein zukunftsfähiger, aktivierender Sozialstaat, eine liberale, welt-offene Gesellschaft und ein starkes bürgerschaftliches Engagement sind für mich Kernanliegen meiner Politik.

Deshalb suche ich das Gespräch zu den Bürgern, den Vereinen, den Unternehmen und Schulen vor Ort und darüber hinaus auf der Landesebene. Ortstermine und Gespräche mit Verantwortungsträgern, Besuche in Schulen oder Pflegeheimen, Praktika in Betrieben und Einrichtungen bringen einem das reale Leben sehr viel näher als der Politikbetrieb in Wiesbaden.

Gleichzeitig hat Wiesbaden aber natürlich eine starke Bedeutung für die Umsetzung in praktische Politik. Neben der klassischen Arbeit im Landtag - den Debatten während der Plenarsitzungen - gehörte zu meiner Arbeit dort auch das Verfassen von parlamentarischen Initiativen, die Bearbeitung von Petitionen und die Arbeit in den parlamentarischen Ausschüssen, dem Hauptarbeitsfeld im Parlament. Für die SPD-Fraktion war ich Mitglied des Europa-ausschusses und des Petitionsausschusses. Näheres zu diesen Ausschüssen finden Sie auf der Homepage des Landtags: www.hessischer-landtag.de

Wie meine politische Arbeit in den kommenden Monaten und Jahren aussehen wird, kann ich nach den zurückliegenden Ereignissen nicht abschätzen. Aber ich werde mich weiter aktiv in die Gestaltung von Staat und Gesellschaft einbringen - ich bin einfach ein sehr politischer Mensch und überzeugte Sozialdemokratin.

In: <http://www.carmen-everts.de/1066.html>

Persönliche Erklärung der Abg. Dr. Carmen Everts, 19. November 2008

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

bevor wir gleich zur Auflösung des Hessischen Landtags kommen und damit Neuwahlen einleiten, möchten Jürgen Walter im Anschluss und ich – auch im Namen unsere Kolleginnen Silke Tesch und Dagmar Metzger – in einer persönlichen Erklärung einige Gedanken zu unserem Abstimmungsverhalten mit auf den Weg geben.

1. Erstens wollen wir nochmals unterstreichen, dass Neuwahlen nicht das Ziel unserer Entscheidung war. Kern war und ist die bestehende Absage an eine Regierungsbildung, die unser Land und die Regierungspolitik von den Stimmen einer in weiten Teilen verfassungsfeindlichen Partei abhängig gemacht hätte. Wir bedauern, dass eine Regierungsbildung zwischen den anderen Parteien ohne die Linke nicht möglich war. Die Linkspartei hat in diesem Haus gezeigt - ich erinnere an die Gleichsetzung von Staatssicherheit und Verfassungsschutz, an die „Rote Hilfe“, die illegale Hütte im Kelsterbacher Wald und persönliche Diffamierungen – dass sie noch nicht auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung angekommen ist. Wir müssen akzeptieren, dass sie einen Anteil der Wählerschaft binden. Aber wir werben auch weiterhin dafür, sich als streitbare Demokraten mit ihnen auseinanderzusetzen und ihnen keinen politischen Einfluss auf die Regierung des Landes Hessen und keinen Einfluss auf den Bundesrat zu geben. Dabei hilft keine ritualisierte Aufregung, wie wir es in diesem Haus erlebt haben. Es geht stattdessen um eine inhaltlich glasklare politische Auseinandersetzung mit ihren populistischen Inhalten und ihrem problematischen Demokratie- und Rechtsstaatsverständnis. Die Reden der Kollegen Wissler und Wilken haben gerade nachdrücklich gezeigt, wie bitter notwendig dies ist. Wir setzen darauf, dass Sie nach der Wahl nicht wieder in die Rolle des politischen Züngleins an der Waage kommen – das hat Hessen, das hat unsere Demokratie nicht verdient. Als überzeugte Sozialdemokra-

ten war und ist unsere Maxime: Keine Regierung unter Beteiligung der Linkspartei und dies sollte auch für die kommende Wahlperiode gelten.

II. Diese deutliche Abgrenzung berührt den Kern unserer politischen Identität und war daher eine zentrale Gewissensentscheidung. Für eine zutiefst richtige Entscheidung kann es keinen falschen Zeitpunkt geben. Wir möchten deshalb heute zweitens auch noch einmal ein Plädoyer für die Freiheit des Mandates hinterlegen als eine der herausragenden Errungenschaften der parlamentarischen Demokratie. Wir alle sind verfassungsrechtlich weder an Weisungen noch Aufträge gebunden und sollen als frei gewählte Abgeordnete gerade dem Wählerauftrag und unserer Verantwortung für das Allgemeinwohl dienen – erst kommt das Land, dann die Partei, wie es Gerhard Schröder einmal treffend formuliert hat. Wir wollen die grundgesetzlich geschützte Mitwirkung der Parteien an der demokratischen Willensbildung in keiner Weise schmälern. Politische Weltanschauungen bilden sich in Parteien ab, sie verbinden unterschiedliche Interessenlagen und sind Anlaufpunkte für das politische Engagement in Staat und Gesellschaft. Wir wollen Ihnen allen als Abgeordnete aber den Rücken stärken, dass es jenseits dieser Parteiverbundenheit eine höhere Instanz gibt – der Wählerauftrag, das Allgemeinwohl und die Freiheit der Gewissensentscheidung. Wir werden dieses Verfassungsrecht auf ein freies Mandat jedenfalls mit Nachdruck durch alle Instanzen verteidigen. Unsere parlamentarische Demokratie hat mehr Selbstbewusstsein und Achtung vor ihren Abgeordneten verdient – diese Anerkennung wünschen wir Ihnen allen für die Zukunft.

III. Wenn wir jetzt auf Neuwahlen zugehen, möchten wir drittens abschließend dazu appellieren, gerade im Wahlkampf die Grundzüge der parlamentarischen Demokratie zu pflegen. Dies gilt ganz besonders für den fairen demokratischen Wettbewerb, für eine politische Kultur des Aufeinanderzugehens im Sinne des Allgemeinwohls und die Achtung gegenüber den demokratischen Institutionen und ihren Vertretern. Es geht da auch um einen menschlichen Grundrespekt für den politischen Mitbewerber.

Die Wählerinnen und Wähler wollen natürlich politische Unterschiede erkennen und danach ihre Wahl treffen können. Sie erwarten aber vor allem auch ein konstruktives Miteinander nach den Wahlen.

Und sie wollen die Gewissheit eines Grundrespekts vor ihrem Wählerauftrag und der Wahrfähigkeit unserer Wahlkampfaussagen. Die Wählerinnen und Wähler können sehr wohl bei einer vernünftigen Vermittlung nachvollziehen, dass Politik aus dem Ausgleich von Interessen besteht und gerade Koalitionen die Kunst des Kompromisses einschließen.

Sie wollen aber zu Recht nicht hinnehmen, wenn eine Grundbedingung ihres Wahlauftrages danach in grundlegender Weise missachtet wird. Dies zeigen die Umfragen und die Vielzahl von zum Teil sehr bewegenden Zuschriften, die wir in den vergangenen Wochen erhalten haben. Wir können uns als Demokraten und politisch Verantwortliche kein anderes Volk suchen. Wir sind die gewählten Vertreter und erhalten diesen Auftrag auf Grundlage unserer Aussagen vor der Wahl. Das Vertrauen in die Politik und ihre demokratischen Institutionen ist ein sehr hohes Gut, das wir pflegen sollten. In diesem Sinne – Die Wählerinnen und Wähler, unser oberster Souverän hat nun das Wort und wir wünschen uns selbst- und verantwortungsbewusste Demokraten in allen Parteien. Dies ist absehbar unsere letzte Sitzung. Wir danken abschließend für die gute, zum Teil langjährige politische Zusammenarbeit in diesem Haus und wünschen Ihnen persönlich und politisch alles Gute und eine glückliche Hand für unser Bundesland Hessen.

[http://www.carmen-](http://www.carmen-everts.de/fileadmin/kunden/Everts/Persoenliche%20Erklaerung%20der%20Abg%20Everts%2019.%20November%202008.pdf)

[everts.de/fileadmin/kunden/Everts/Persoenliche Erklarung der Abg Everts 19. November 2008.pdf](http://www.carmen-everts.de/fileadmin/kunden/Everts/Persoenliche%20Erklaerung%20der%20Abg%20Everts%2019.%20November%202008.pdf)

**„Die äußere Freiheit der Vielen beruht auf der inneren Freiheit des Einzelnen.“
Theodor Heuss 1952**

In: Heuss, Theodor, Formkräfte einer politischen Stilbildung, Vortrag gehalten am 2. Mai 1952 vor der "Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik" in Berlin. Veröffentlicht u.a. in Heuss, Theodor, Die großen Reden. Bd. 1. Der Staatsmann, S. 221